

# Kapitalismus und Demokratie

Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?<sup>1</sup>

■ von Frank Deppe

Die Fragestellung dieses Beitrages ist ebenso weit gespannt wie – im Spiegel des Zeitgeistes – unpopulär. Mit dem Zusammenbruch der »realsozialistischen Systeme«, der Auflösung des Systemgegensatzes ist definitiv eine geschichtliche Epoche zu Ende gegangen. Der Sozialismus ist am Ende und mit ihm sind auch jene Theorien und Strategien erledigt, die ihn als soziale Bewegung inspiriert und begleitet haben – so ließe sich die »herrschende Meinung« in Wissenschaft und Politik zusammenfassen. Danach scheiterte der »Realsozialismus« daran, daß er – im Vergleich mit dem Kapitalismus und den westlichen Demokratien – weder ökonomische Effizienz, noch demokratische Legitimation zu verwirklichen vermochte. Die Perestroika Gorbatschows, die beides erreichen wollte, war demzufolge das Programm eines in der Geschichte »Zu-Spät-Gekommenen«.

## Hypothesen und Fragestellungen

Es hat also den Anschein, »daß dieses Jahrhundert, das voller Vertrauen auf den Endsieg der westlichen liberalen Demokratie begann, an seinem Ende einen vollen Kreis beschreibend wieder zu seinen Anfängen zurückkehrt: nicht zu einem »Ende der Ideologien« oder einer Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, wie man einmal geglaubt hatte, sondern zu einem klaren Triumph des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus.«<sup>2</sup> Doch inzwischen ist die Euphorie der Sieger schon wieder in die eher pessimistischen Töne eines Krisen diskurses umgeschlagen, den Michael Stürmer in der FAZ zum Jahresende 1992 so zusammenfaßte: »Die Hoffnungen von 1989 gerieten zur Glücksstimmung 1990. Dem folgte 1991 der Wirk-

lichkeitsschock an Golf und Adria. 1992 kamen Ratlosigkeit und Rezession. 1993 aber wird das entscheidende Jahr. Ob Rußland oder Nordamerika, ob Westeuropa oder Osteuropa: was jetzt zum Besseren oder Schlimmeren sich wendet, wird lange wirken.«

Einige Aspekte dieser scheinbaren Paradoxie sollen im folgenden ausgelotet werden. Dabei wird von zwei Hypothesen ausgegangen. Die Krise der Politik in den Staaten des Westens verweist *erstens* »in erster Linie auf Strukturprobleme des Westens« selbst<sup>3</sup> – auf Widersprüche zwischen der Dynamik der sozialökonomischen Entwicklung und ihrer Steuerungsfähigkeit nach Maßgabe jener Normen, die die westlichen Demokratien in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit – von angelsächsischen Ökonomen als das »Golden Age of Capitalism«<sup>4</sup> qualifiziert – anerkannt und institutionalisiert hatten. Die Auszehrung von demokratischer Legitimität stünde so in unmittelbarem Zusammenhang mit einem doppelten Prozeß: mit gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen im Innern und mit der Erosion des Nationalstaates als »Heimat und Adressat demokratischer Legitimation« im Kontext des heutigen transnationalen bzw. globalen Kapitalismus.<sup>5</sup>

Die *zweite* Hypothese bezieht sich allgemeiner auf das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie: der Zusammenhang zwischen dem System wirtschaftlicher Freiheit (das auf Privateigentum an den Produktionsmitteln, marktvermitteltem Tausch und dem Warencharakter der Arbeitskraft beruht) auf der einen und dem System politischer Freiheit (als Schutz vor staatlicher Willkür sowie als Garantie der Partizipation an politischer Willensbildung) ist keineswegs so naturwüchsig homolog, wie die Theorien des Liberalismus – bzw. heute des Neoliberalismus<sup>6</sup> – annehmen.

Formeln wie z.B. die von Barrington Moore – »Kein Bourgeois, keine Demokratie«<sup>7</sup> – können gewiß Zugänge zur Problematik eröffnen. Dennoch zwingt das Wissen um die verschiedenen Wege, also auch um die historischen Brüche und Wandlungen im Verhältnis von ökonomischem und politischem System entwickelter industriekapitalistischer Gesellschaften dazu, den heuristischen Wert solcher Formeln nicht zu überschätzen. Die Untersuchung dieser Beziehung führt auf ein spannungsgeladenes, heftig umkämpftes Feld mit kollektiven Akteuren, Institutionen und natürlich auch politischen Ideen und Ideologien.

## Zum Demokratiebegriff

Die moderne Demokratie als Organisationsform der politischen, öffentlichen Gewalt beruht auf dem Prinzip der Volkssouveränität (Art. 20, Abs. 2 GG). Dieser soll durch Repräsentativorgane Geltung verschafft werden, die aus allgemeinen, gleichen und freien Wahlen hervorgehen. Politische Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip getroffen.<sup>8</sup> Die Macht (vor allem der Exekutivgewalt) soll durch Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und (in einigen Systemen) durch Föderalismus begrenzt werden. Der schwedische Politikwissenschaftler Göran Therborn benennt vier Variablen: 1. eine repräsentative Regierung, die 2. von einer Wahlbevölkerung gewählt ist, die aus der gesamten erwachsenen Bevölkerung besteht, deren Stimmen 3. ein gleiches Gewicht haben, und denen es 4. erlaubt ist, ohne Einschüchterung durch den Staatsapparat für jede Meinung zu optieren. Er fügt hinzu: »Ein solcher Staat ist eine *bürgerliche* Demokratie insoweit, als der Staatsapparat durch eine bürgerliche Klassenzusammensetzung charakterisiert ist und die Staatsmacht so operiert, daß sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sowie den Klassencharakter des Staatsapparates aufrechterhält und fördert.«<sup>9</sup>

Über solche Definitionen mag gestritten werden. Therborn weist allerdings am Beispiel der 17 entwickelten kapitalistischen Industriestaaten empirisch nach, daß die Durchsetzung einer demokratischen Regierungsform, die den oben genannten Kriterien entspricht, ein durch und durch neuzeitliches Phänomen des 20. Jahrhunderts ist.<sup>10</sup> Dabei sind zwei große »Wellen« zu unterscheiden: die erste während und am Ende des Ersten Weltkrieges, die zweite nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Zwischenkriegsperiode hingegen ist von einer erheblichen Labilität der Demokratie gekennzeichnet – kurz: von einer längerwährenden Stabilität der Demokratie kann für die westlichen Metropolen des Kapitals überhaupt erst während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesprochen werden.<sup>11</sup>

Diese Feststellung mag erstaunen, denn immerhin beruhen die Leitideen der demokratischen Regierungsform auf einer sehr weit zurückreichenden Tradition. Schon vor der naturrechtlichen Begründung der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie, der Aufklärung und den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts wurden –

gegen aristokratisch-absolutistische sowie gegen religiös-theokratische Herrschaftsformen – Freiheit, Gleichheit,

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft in Marburg.

<sup>1</sup> Der Text beruht auf einem Vortrag, der am 9. Juni 1993 im Rahmen einer Vortragsreihe des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg zu dem Thema »Demokratien unter Legitimationsdruck« gehalten wurde. Er ist dem Andenken meines Freundes Peter Heß gewidmet, der Ende April 1993 in Berlin-Ost starb.

<sup>2</sup> Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte?, in: Europäische Rundschau, Winter 1990, S. 3.

<sup>3</sup> Burkart Lutz, Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau, in: GeMo 1/1993; zur Begründung dieser These vgl. auch ders., Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung in Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1984.

<sup>4</sup> Vgl. S. Marglin und J. Schor (Eds.), The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990.

<sup>5</sup> Claus Koch, Marktherrschaft. Von den kommenden Umwälzungen in Westeuropa, in: Merkur, 47. Jg., Heft 1, Januar 1993 (526), S. 3.

<sup>6</sup> Vgl. dazu u.a. die Programmschrift von Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, München 1976.

<sup>7</sup> Barrington Moore, Social Origins of Dictatorship and Democracy, Harmondsworth 1977, S. 418; Moore bezeichnet dies als die »marxistische These«, die vor allem für England zutrifft. Seine Untersuchung ist den drei Wegen zur modernen Welt (Kapitalismus/bürgerliche Revolution; Kapitalismus/Faschismus; Kommunismus) gewidmet.

<sup>8</sup> »Der Demokratiebegriff enthält folgende Prinzipien:

– Gleichheit: Rechtsgleichheit, Gleichheit der Chancen, Möglichkeit der Teilnahme an der politischen Willensbildung für alle Bürger;

– Mehrheitsprinzip: als pragmatische ultima ratio dann, wenn die Diskussion allein keinen Konsens herstellen kann;

– Relativismus: Keine der konfligierenden politischen Meinungen kann Anspruch auf allgemeinverbindliche objektive Wahrheit erheben. Deshalb gilt: Die jeweilige Meinung der Mehrheit ist nur ein Mandat auf Zeit; die Opposition kann notfalls die Regierung ablösen;

– Geltende Gesetze sind im Idealfall nicht der Ausdruck des Willens einer Minderheit, sondern »die Resultate der aktiven Beteiligung der Bürger...« Kurt Lenk, Probleme der Demokratie, in: Hans-Joachim Lieber (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1991, S. 933 – 990, hier S. 939.

<sup>9</sup> Göran Therborn, The Rule of Capital and the Rise of Democracy, in: New Left Review 103/1977, S. 3 ff., hier S. 4.

<sup>10</sup> Daher irrt Ulrich Beck (Der feindlose Staat. Militär und Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main 1993, S. 106 ff., hier S. 109), wenn er sagt: »Der Aufbruch in die Moderne: die Abschaffung ständischer Herrschaftsformen, die Ersetzung einer gottgewollten durch eine menschengewollte Ordnung – Parlament, Gewaltenteilung, abwählbare Regierung, (das allgemeine Wahlrecht) – alle diese Errungenschaften werden im 19. Jahrhundert zusammen mit der Ausweitung des Waffendienstes für alle Bürger durchgesetzt.«

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 11 ff.





Rechtssicherheit und Volkssouveränität eingeklagt.<sup>12</sup>

## Kapitalismus und Demokratie – Strukturelle Probleme

Die Überprüfung der Frage, warum es so unendlich lange gedauert hat, bis sich – schließlich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dazu nur in einigen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – diese Prinzipien der bürgerlichen Demokratie durchgesetzt haben, eröffnet den Zugang zu einigen strukturellen Widersprüchen und Konfliktfeldern, die der Beziehung von Kapitalismus und Demokratie eigentümlich sind. Für das 17. Jahrhundert in England hat C. B. Macpherson schon auf die Konstitution dieser Widerspruchsbeziehung hingewiesen. Der Besitzindividualismus beruht auf der Herausbildung des modernen Privateigentums in einer Marktgesellschaft.<sup>13</sup> »Die Gesellschaft wird zu einer Anzahl freier und gleicher Individuen, die zueinander in Beziehung stehen als Eigentümer ihrer eigenen Fähigkeiten und dessen, was sie durch deren Anwendung erwerben. Der Staat wird zu einem kalkulierten Mittel zum Schutz dieses Eigentums und der Aufrechterhaltung einer geordneten Tauschbeziehung.«<sup>14</sup> Die entscheidende Frage der Verfassungskämpfe seit dem 17. Jahrhundert wird die nach dem Verhältnis des Eigentums zum politischen Bereich. Den Privateigentümern als Tauschsubjekten gebietet die Vernunft, die öffentliche Gewalt, die den Tauschakt und seine Rechtsform, den Vertrag, sichert, als legitim anzuerkennen.<sup>15</sup>

Damit sind für die Entwicklung des Verhältnisses von Kapitalismus und demokratischer Staatsform drei fundamentale Widerspruchskomplexe gesetzt, die freilich noch lange durch die Vorherrschaft des Absolutismus in Europa (also bis ins 19. Jahrhundert hinein) verdeckt und überlagert werden. Erst die französische Revolution von 1789 und die industrielle Revolution in England<sup>16</sup> haben dann deren Bewältigung auf die Tagesordnung der sozialen und politischen Geschichte der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft gesetzt.

Erstens, das Verhältnis von (staatlicher) Souveränität und Freiheit. Die individuelle (nicht die kollektive Freiheit sozialer Gruppen bzw. politischer Organisationen) Freiheit der Privateigentümer bedarf eines starken Staates – also des Hobbes'schen »Leviathan«, dem die

Aufgabe zukommt, »der Ausübung der dem Individuum gegebenen Fähigkeiten die größtmögliche Sicherheit zu garantieren.«<sup>17</sup> Noch bei Rousseau wird dies als das grundlegende Problem bezeichnet, dessen Lösung der Gesellschaftsvertrag darstellt: »Finde eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitgliedes verteidigt und schützt und durch die doch jeder, indem er sich mit allen vereinigt, nur sich selbst gehorcht und genau so frei bleibt wie zuvor.«<sup>18</sup>

Bürgerliche Freiheit hat – so das Thema der großen Untersuchung von Franz Neumann über die »Herrschaft des Gesetzes« – den souveränen Staat (zunächst in seiner absolutistischen Gestalt) zur Voraussetzung: »Der souveräne Staat existiert unabhängig von den verschiedenen Interessengruppen, die in der Gesellschaft miteinander kämpfen. Nur dieser moderne Staat richtet Schutzzölle auf und bewacht die Grenzen, erobert neue Märkte draußen und schafft die Einheitlichkeit von Verwaltung und Recht nach innen, zerstört lokale und partikuläre Gewalten und verdrängt die Kirche aus der säkularen Sphäre, hält die kämpfenden sozialen Gruppen in bestimmten Grenzen oder rotet eine von ihnen aus, wenn es für den Zweck des Staates notwendig erscheint.«<sup>19</sup>

Zweitens: Die politische Ökonomie dieses Staates entwickelt sich im Kampf um das Steuermonopol, also um die Frage, welchen Anteil des gesellschaftlichen Reichtums in der Form des Geldes an den Staat abgegeben wird, um dessen Souveränität (die Staatsapparate, vor allem Militär, Polizei, Justiz, allgemeine Verwaltung, diplomatischer Dienst etc.) zu alimentieren. Norbert Elias hat diesen Kampf im »Prozeß der Zivilisation« für Frankreich eindrucksvoll rekonstruiert.<sup>20</sup> Die Ambivalenz der besitzenden Klasse gegenüber dem Staat kommt daher nicht allein in der jeweiligen Grenzziehung zwischen souveräner Macht und individueller Freiheit, sondern auch in dem Interesse zum Ausdruck, daß der Staat nicht nur effektiv (in Bezug auf die Herstellung von Sicherheit und Ordnung), mächtig (in Bezug auf seine Rolle im internationalen Staatensystem), sondern auch möglichst »billig« zu sein habe.<sup>21</sup>

Drittens: das (gesellschaftliche und politische) Machtmonopol der besitzenden Klassen als Schranke für die Realisierung der Volkssouveränität. Der Besitzindividualismus entwickelt sich im Milieu sozialer Ungleichheit (zunächst

von spätf feudalen Gesellschaften) und reproduziert diese (zur Klassenspaltung moderner kapitalistischer Gesellschaften) in dem Maße, indem er sich zum Kapitalverhältnis weiterentwickelt. Von Anfang an war im bürgerlichen Denken die politische Partizipation (durch Wahl) eng an Besitz und Bildung gekoppelt (durch das Zensuswahlrecht, das – wie Thernborn zeigt – erst im 20. Jahrhundert beseitigt wurde, nunmehr allerdings durch die Kämpfe der sozialistischen Arbeiterbewegung und die im Hintergrund lauernde Gefahr der »bolschewistischen Revolution«). Solange dieses Monopol (d.h. Ausschluß der Mehrheit der Bevölkerung von der Beteiligung an Wahlen sowie vom Recht der Bildung politischer bzw. gewerkschaftlicher Vereinigungen) fortbestand, beschränkten sich die Kämpfe auf die Beteiligung an der Macht bzw. um Mehrheiten in der Regel auf die landbesitzende Aristokratie und die industriekapitalistische Bourgeoisie. Der Klassencharakter politischer Herrschaft – auch und gerade in der Form der repräsentativen Demokratie und unter Berufung auf liberale Ideen – mußte also nicht ideologiekritisch – im Sinne der »Entschleierung« – dechiffriert werden; er war unmittelbar evident.<sup>22</sup>

## Freiheit und Gleichheit – das schwierige Erbe der bürgerlichen Revolution

Das 19. Jahrhundert – noch im Übergang zum 20. – wird gleichsam zum geschichtlichen Laboratorium, indem in Europa die strukturellen Widerspruchskomplexe zum Gegenstand politischer, sozialer und ideologischer Kämpfe werden. Voraussetzung ist dabei nicht allein die gewaltige Kraft bzw. Energie, die die französische Revolution von 1789 – vor allem auch über die »kleineren französischen Revolutionen« des 19. Jahrhunderts: 1830, 1848 und schließlich die Kommune von 1871 – ausgestrahlt hat. Vielmehr wird nunmehr mit der – wenn auch höchst ungleichzeitigen – Durchsetzung der modernen industriekapitalistischen Produktionsverhältnisse die »soziale Frage« bzw. die Frage nach der gesellschaftlichen Ungleichheit neu thematisiert. Sie erscheint nicht mehr als bloße Konfrontation von Armut und Reichtum, sondern als soziale und politische Form des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Mit der Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung – die sowohl die Traditionen des

Linksjacobinismus<sup>23</sup> als auch die frühen Erfahrungen der englischen Wahlrechtsbewegungen der 30er Jahre (Chartism) aufgreift<sup>24</sup> – werden die »soziale« und die »demokratische« Frage auf neue Weise miteinander verbunden. Die Konstitution des »souveränen Volkes« zum demokratischen Staat (zum »Volkstaat«, wie es später in einigen Programmen hieß) soll dazu dienen, sei es durch Sozialreformen und/oder durch Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft (durch Vergesellschaftung) nicht allein soziale Ungleichheit zu beseitigen, sondern auch eine neue Qualität der Beziehung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu verwirklichen.

Im Resultat dieser Auseinandersetzungen – die zunächst den Kampf um die Aufhebung der Koalitionsverbote (der Gewerkschaften) wie der Organisationsverbote insgesamt umschließt – bilden sich mehr und mehr Massenorganisationen heraus, deren Existenz und Wirken der demokratischen Doktrin von einem Staat ohne intermediäre Körper entgegensteht. Norberto Bobbio hat diesen Prozeß zur Pluralisierung der gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse folgendermaßen beschrieben: »Zu den politisch relevanten Subjekten werden immer mehr die Gruppen, die Großorganisationen, Verbände unterschiedlichster Natur, Gewerkschaften der verschiedensten Berufsgruppen, Parteien mit den diverssten Ideologien ... und immer weniger die Individuen ... Das Volk als ideale (oder mystische) Einheit gibt es nicht mehr, sondern das Volk ist gespalten in entgegengesetzte und miteinander konkurrierende Gruppen, die ihre relative Autonomie gegenüber der Zentralregierung haben.«<sup>25</sup> Damit erst entsteht jene moderne Problematik der institutionellen Vermittlung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik, die neuerdings in der sog. »Theorie der Regulation« reflektiert wird: »jede kapitalistische Gesellschaft (benötigt) ein institutionell-normatives Netzwerk, das die divergierenden Strategien und Handlungen konkurrierender und miteinander kämpfender Individuen, Gruppen und Klassen in einer mit den Bedingungen der Kapitalakkumulation vereinbaren Weise aufeinander zu beziehen vermag.«<sup>26</sup>

Kehren wir aber noch einmal zum 19. Jahrhundert zurück. Über diesen unaufgelösten Antagonismus von Freiheit (im politisch-rechtlichen Sinne) und Gleichheit (im Sinne politisch-rechtlicher und materieller Gleichheit) ist viel geschrieben worden – immer wieder auch im

Bezug auf das berühmte Diktum von Alexis de Tocqueville, daß aus der Aufklärung und der Revolution zwei Ströme – wie aus einer gemeinsamen Quelle – flossen: der eine trug die Menschen zu freien Institutionen, der andere zur absoluten Macht.<sup>27</sup> Wie aber wurde im politischen Denken der Zeit – offen oder verdeckt – die Lösbarkeit dieses Problems unter den Bedingungen der Entwicklung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft reflektiert?

■ Eine für die deutsche Entwicklung – vor allem nach 1871 – besonders wirkungsvolle Lösungsvariante des Widerspruchs wurde schon in Hegel's Rechtsphilosophie (in den §§ 243-246) dargestellt. Wenn sich – so sagt er im Blick auf die englischen Verhältnisse sowie die klassische Nationalökonomie – die »bürgerliche Gesellschaft in ungehinderter Wirksamkeit befindet«, so »vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer... auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränkung der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse.«<sup>28</sup> Die Lösung dieser »Dialektik« – neben der Kolonisation – liegt letztlich in der Intervention des Staates, der – so findet es sich später bei Lorenz von Stein – das allgemeine Interesse, Vernunft und Freiheit, vor

<sup>12</sup> Vgl. dazu z.B. die radikale naturrechtliche Begründung des Gleichheitsgedanken, die Machiavelli in seiner »Geschichte von Florenz« einem Führer des Aufstandes der »Ciompi«, der Wollarbeiter von Florenz, vom Jahre 1378 in den Mund gelegt hat, vgl. Frank Deppe, Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987, S. 99 ff.; oder die radikale Kritik der »heutigen Staaten« als eine »Verschwörung der Reichen«, die »den Namen und den Rechtstitel des Staates mißbrauchen, um für ihren eigenen Vorteil zu sorgen«, in der »Utopia« des Thomas Morus (1516). Schließlich sei an die Forderungen des Levellers John Lilburne in der englischen Revolution nach 1640 erinnert. Diese faßt Leo Kofler in seiner »Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« (Neuwied und Berlin 1971, S. 348) wie folgt zusammen: »Schrankenlose Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse; allgemeine und regelmäßige Wahlen zur Volksvertretung; Verwirklichung der politischen Souveränität des Volkes, wenn auch unter Ausschluß der Knechte und Lohnarbeiter ...; völlige Gleichheit vor dem Gesetz und – also schon vor Locke und Montesquieu – Trennung von gesetzgebender und richterlicher Gewalt.« Als Überblick vgl. Frank Deppe, Eigentum und Staat als Gegenstand der Gesellschaftstheorie und Politik in der Epoche der Herausbildung des Kapitalismus, in: IMSF, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/Main 1981, S. 8 – 48.

<sup>13</sup> Vgl. dazu u.a. Helmut Rittstieg, Eigentum als Verfassungsproblem. Zu Geschichte und Gegenwart des bürgerlichen Verfassungsstaates, Darmstadt 1976; Peter Römer, Entstehung, Rechtsform und

Funktion des kapitalistischen Privateigentums, Köln 1978.

<sup>14</sup> C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/Main 1973, S. 15.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch Norbert Kostede, Staat und Demokratie. Studien zur politischen Theorie des Marxismus, Darmstadt und Neuwied 1980, bes. S. 22 ff.

<sup>16</sup> Erich Hobsbawm hat diese Transformation der Welt als »dual revolution« analysiert, ders., The Age of Revolution, London 1962.

<sup>17</sup> C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, a.a.O., S. 297.

<sup>18</sup> Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag, Stuttgart 1977, S. 17.

<sup>19</sup> Franz Neumann, Die Herrschaft des Gesetzes. Eine Untersuchung zum Verhältnis von politischer Theorie und Rechtssystem in der Konkurrenzgesellschaft, Frankfurt/Main 1980, S. 15.

<sup>20</sup> Norbert Elias, Zur Soziogenese des Steuermonopols, in: ders., Über den Prozeß der Zivilisation, Band 2, Frankfurt/Main 1977, S. 279 ff.; allgemein: Charles Tilly (Ed.), The formation of national states in Western Europe, Princeton, New Jersey 1975; Stein Rokkan, Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden, in: W. Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin 1971, S. 228 ff.

<sup>21</sup> Bekanntlich ging der Französischen Revolution von 1789 eine tiefe Finanzkrise voraus, vgl. dazu u.a. Theda Skocpol, States and social revolutions, Cambridge 1979, S. 60 ff.; im Blick auf die zunehmende Verschuldung der Großmacht USA in den 80er Jahren sprechen sowohl Paul Kennedy, Aufstieg und Niedergang der großen Mächte, Frankfurt/Main 1989, S. 776, als auch Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat, Frankfurt/Main 1987, S. 95, von einer gewissen historischen Analogie.

<sup>22</sup> Nicht zu Unrecht wurde daher bis weit ins 19. Jahrhundert das britische Unterhaus mit der »Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft« verglichen. 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Als Abgeordnete wurden nur führende Grundbesitzer oder Vermögende aus der städtischen Bevölkerung gewählt; H. Rittstieg, Eigentum als Verfassungsproblem, a.a.O., S. 33 ff.

<sup>23</sup> Vgl. dazu u.a. Waltraud Seidel-Höppner/Joachim Höppner, Sozialismus vor Marx, Berlin 1987.

<sup>24</sup> »1838 entwarf ein Komitee der allgemeinen Londoner Arbeitergesellschaft (Working Men's Association)... die Volkscharte (people's charter), deren »sechs Punkte« die folgenden sind: 1. Allgemeines Stimmrecht für jeden mündigen Mann (!), der bei gesundem Verstande und keines Verbrechens überführt ist; 2. jährlich zu erneuernde Parlamente; 3. Diäten für die Parlamentsmitglieder, damit auch Unbemittelte eine Wahl annehmen können; 4. Wahlen durch Ballotage, um Bestechung und Einschüchterung durch die Bourgeoisie zu vermeiden; 5. gleiche Wahlbezirke, um gleich billige Repräsentation zu sichern, und 6. Abschaffung der ... ausschließlichen Wählbarkeit derjenigen, die 300 Pf. Sterling in Grundbesitz haben, so daß jeder Wähler auch wählbar ist.« Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW, Band 2, S. 444/445.

<sup>25</sup> Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988, S. 14.

<sup>26</sup> Joachim Hirsch, Internationale Regulation, in: Das Argument, 35. Jg.(1993), 198, S. 195 ff., hier S. 196; vgl. auch Alain Liepitz, Demokratie nach dem Fordismus, in: Das Argument, 33. Jg. (1991), Nr. 189, S. 677 ff.

<sup>27</sup> Vgl. Frank Deppe, Verschwörung, Aufstand und Revolution. Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1970, S. 45.

<sup>28</sup> G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, Hamburg 1955, S. 200 ff.



den miteinander im Streit liegenden Privatinteressen der Gesellschaft schützt, der aber auch Reformen (z.B. Bildungsreform, Sozialreform) durchzusetzen habe, um den Klassenantagonismus zu entschärfen. Mittels einer »Revolution von oben« könne »ein durch das französische Beispiel belehrtes Königtum die bürgerliche Revolution überflüssig werden lassen...«, indem es vorbeugend die soziale Revolution des Proletariats sozialstaatlich reguliert und eindämmt.<sup>29</sup> Hier entspringt jene Konzeption, die später als preußischer Staatssozialismus bzw. Kathedersozialismus bezeichnet worden ist. ■ Neben dieser etatistischen Variante beschäftigt sich das liberale Denken – in Ökonomie und Politik – mit den Antinomien der Freiheit. Während sich die klassische Nationalökonomie bei Ricardo und seinen Schülern – schon mit deutlich pessimistischen Untertönen – mit den zyklischen Krisen der kapitalistischen Ökonomie zu beschäftigen beginnt, deutet sich bei Tocqueville und J.St. Mill die Einsicht an, »daß die Verbindung von Freiheit und Gleichheit, die das aufgeklärte gebildete Bürgertum in seinem Kampf um seinen gerechten Anteil an der politischen Macht eingegangen war, sich zuungunsten der Freiheit auflöst. Das Gleichheitsargument, das dazu benutzt worden war, um Freiheit zu gewinnen, drohte die errungene Freiheit in Gefahr zu bringen und damit die Grundsäulen des Liberalismus zu erschüttern.«<sup>30</sup> Die Verteidigung der Freiheit des nonkonformistischen Individuums gegen die »Tyrannei der Gesellschaft« verbindet sich daher bei Mill mit der Hoffnung, daß das ungestörte Wirken der Marktgesetze schließlich zu einer allgemeinen Hebung des Wohlstandes beitrage.

### Aspekte der politischen Theorie von Marx

Die dritte Variante läßt sich mit dem Titel eines nach wie vor lesenswerten Buches des Historikers Arthur Rosenberg umschreiben: »Demokratie und Sozialismus«.<sup>31</sup> Diese Arbeit zeigt zunächst, daß die politischen Vorstellungen der sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts (Frühsozialisten, Chartisten, Babouvisten, soziale Demokraten, Anarchisten verschiedener Tendenz usw.) keineswegs mit dem, was erst später »Marxismus« bezeichnet wurde, identifiziert werden dürfen. Dennoch übte das Marx'sche Werk – vor allem seit der

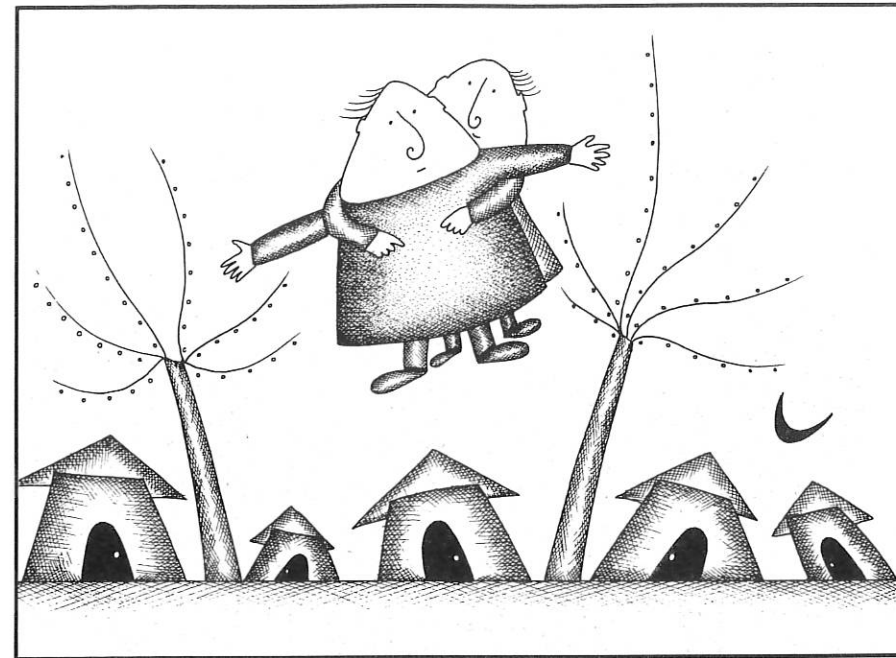
Gründung der zweiten, sozialistischen Arbeiterinternationale (Paris 1889) und der führenden politischen und ideologischen Position der deutschen Sozialdemokratie in ihr – auf die sozialistischen Bewegungen einen maßgebenden Einfluß aus. Daß die Marx'sche Theorie – zumal auf dem Felde der politischen Theorie – erhebliche Defizite aufweist bzw. bewußt unvollendet geblieben ist – wurde vor allem in der Periode der Renaissance des marxistischen politischen Denkens nach 1968 in den westlichen Metropolen des Kapitals immer wieder betont und als Aufforderung zu einer produktiven Weiterentwicklung (nunmehr vor allem mit Hinweis auf die Bedeutung des Werkes des Italieners Antonio Gramsci) im Zusammenhang der von Althusser um die Mitte der 70er Jahre konstatierten »Krise des Marxismus« thematisiert.<sup>32</sup> Da die bislang behandelten Fragen der widersprüchlichen Konstitutionsbedingungen des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie mit wesentlichen Ergebnissen der Marx'schen Kritik der Politik übereinstimmen, verzichtet die folgende Darstellung auf eine systematische Rekonstruktion.

**Erstens:** Zu Lebzeiten von Marx bestand in den kapitalistischen Gesellschaften und Staaten die demokratische Regierungsform, wie sie eingangs definiert wurde, keineswegs flächendeckend. Es gehört zu den Paradoxien der nachfolgenden Geschichte, daß es gerade die am Marxismus orientierte Arbeiterbewegung war, die am Ende des Ersten Weltkrieges das allgemeine und freie Wahlrecht (unter Einschluß des Frauenwahlrechtes) durchsetzte. Ansätze zur Demokratisierung und zur Realisierung der Volkssouveränität – vor allem in den europäischen Revolutionen des Jahres 1848 unternommen – wurden in der Regel gewaltsam niedergeschlagen. Marx hat diesen Prozeß in seinen Bonapartismus-Analysen untersucht.<sup>33</sup> Dabei begründet er die These, daß die politische Herrschaft des Bürgertums, sobald sie durch das »Gespenst« der proletarischen Revolution herausgefordert wird, dazu tendiert, zugunsten der bonapartistischen Diktatur auf wesentliche Bestandteile des repräsentativen Verfassungsstaates (vor allem auf den Parlamentarismus) zu verzichten.<sup>34</sup>

**Zweitens:** Die Marx'sche Intention läßt sich wohl am prägnantesten mit der Formel von der »Vergesellschaftung der Politik« umschreiben. Indem der Staat als – wie es Hermann Heller später einmal formuliert hat – »Wirkungsform der

Gesellschaft« begriffen wird,<sup>35</sup> rückt die »Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft«, der Begriff ihrer sozialökonomischen Struktur sowie ihrer Bewegungsformen, ins Zentrum. Von hier aus läßt sich eine funktionale Äquivalenzbeziehung zwischen Privateigentum, Tausch und Konkurrenz, der »doppelt freien Lohnarbeit«, der Freiheit von äußerer politischer Einmischung und dem System des Freihandels, des Liberalismus und des »zurückhaltenden Staates« ableiten. »Die Sphäre der Zirkulation oder des Warentausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was hier allein herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum...«<sup>36</sup> Innerhalb dieses rechtlichen, institutionellen und ideologischen Rahmen funktioniert nicht allein der Akkumulationsprozeß, sondern realisiert sich auch die Einheit von gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnissen; denn – so einer der Schlüsselsätze des »Kapital«: das »Kapital ist nicht eine Sache, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen.«<sup>37</sup>

In den »Frühschriften« hatte Marx den Widerspruch zwischen dem universalistischen Anspruch der Erklärung der Menschenrechte und der Funktion der repräsentativen Demokratie für die Sicherung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse hervorgehoben (»Zur Judenfrage«). In der Auseinandersetzung mit Hegel's Rechtsphilosophie wird nicht allein die Erhöhung des Staates über die Gesellschaft kritisiert, sondern – sehr grob zusammengefaßt – die Vermenschlichung der Politik (die Marx hier Demokratie nennt) als ein Problem bzw. als ein Resultat der Vermenschlichung der Gesellschaft bezeichnet.<sup>38</sup> »Vergesellschaftung der Politik« bedeutet in diesem Sinne Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft (Aufhebung der »Verdoppelung« des Menschen in Bourgeois und Citoyen), Zurücknahme der Politik und des Staates (so hat es Engels einmal formuliert) in die Gesellschaft. Mit anderen Worten: eine demokratische Regelung der »öffentlichen Angelegenheiten« hat in letzter Instanz eine demokratische Gesellschaft zur Voraussetzung. In einer späten Schrift »Zur Kritik des Gothaer Programms« hat Marx dieses Programm so zusammengefaßt und dabei die Formel von der »freiheitlichen Grundlage des Staates« kritisiert: »Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Ge-



sellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier und unfreier in dem Maß, worin sie die »Freiheit des Staats« beengen.«<sup>39</sup>

**Drittens:** Die Unterscheidung zwischen der Staatsgewalt (als dem »harten Kern« der institutionalisierten politischen Gewalt) und der Staatsform (als dem institutionellen Rahmen der Partizipation der Citoyen und der Legitimation) markiert einen wesentlichen Aspekt der politischen Theorie von Marx. Dabei wird auch die Problematik der Beziehung zwischen Souveränität (in der Traditionslinie »Bodin/Hobbes« und der Konstruktion des absolutistischen Staates) und Freiheit (im Sinne der Grundrechte der Bürger gegen den Staat) thematisiert. *Demokratische Regierungsformen sind mithin stets in der Beziehung zur Staatsbürokratie (also: zur Exekutivgewalt) als dem zentralen System der politischen Macht- und Gewaltapparate zu bestimmen.*<sup>40</sup> Diese »zentralisierte Staatsmacht«, so heißt es in »Bürgerkrieg in Frankreich«, »mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus der Zeit der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente.«<sup>41</sup>

Max Weber hat den Zusammenhang von Staatsbürokratie und modernem Kapital-

ismus sogar noch enger gesehen, als er in dem »Prozeß der Entwicklung des modernen Staates« eine »vollständige Parallele zur der Entwicklung des kapitalistischen Betriebes durch allmähliche Enteignung der selbständigen Produzenten« sehen wollte: »Am Ende sehen wir, daß in dem modernen Staat tatsächlich in einer einzigen Spitze die Verfügung über die gesamten politischen Betriebsmittel zusammenläuft.«<sup>42</sup>

**Viertens:** War Marx ein Etatist und neigte deshalb zum totalitären Denken? Angesichts der Bedeutung der Staats- und Diktaturfrage in den sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Systemen wäre es natürlich mehr als naiv, diese Frage schlicht zu verneinen.<sup>43</sup> Es gibt den Widerspruch bei Marx und an-

<sup>29</sup> Armin Steil, Krisensemantik. Wissenssoziologische Untersuchungen, Opladen 1993, S.84; Vgl. auch Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution, Neuwied und Berlin 1962, S. 327 ff.

<sup>30</sup> Heinz Rausch, J.St. Mill, in: H. Maier u.a. (Hrsg.), Klassiker des politischen Denkens. Band II: Von Locke bis Max Weber, München 1974, S. 240 ff., hier S. 246/7.

<sup>31</sup> Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre (1937), Frankfurt/Main 1962.

<sup>32</sup> Louis Althusser, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978; zur Rekonstruktion und Aktualisierung der politischen Theorie des Marxismus vgl. u.a. Ralph Miliband, Marxism and Politics, Oxford 1977; Nicos Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/Main 1975; Umberto Cerroni, Teoria Politica e Socialismo, Roma 1973; Norbert Kostede, Staat und Demokratie, a.a.O.; Frank Deppe, Vergesellschaftung und Politik. Zur politische Theorie von Karl Marx, in: IMSF

(Hrsg.), »...einen großen Hebel der Geschichte«. Zum 100. Todestag von Karl Marx, Frankfurt/Main (1983), S. 86 ff.; ders., Notizen zur Aktualität der politischen Theorie von Karl Marx, in: D. Albers u.a., Aktualisierung Marx'. Argument-Sonderband 100, Berlin 1983; S. 145 ff.

<sup>33</sup> Vgl. dazu die Untersuchung von Victor M. Perez-Diaz, State, Bureaucracy and Civil Society. A critical discussion of the political theory of Karl Marx, London 1978.

<sup>34</sup> Vgl. u.a. neben Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, a.a.O., Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/New York 1979; Eric Hobsbawm, Die Blütezeit des Kapitals, Frankfurt/Main 1980, Kapitel 6: Die demokratischen Kräfte, S. 125 ff.

<sup>35</sup> Vgl. Hermann Heller, Staat, in: A. Vierkandt (Hrsg.), Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 608-613.

<sup>36</sup> Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW, 23, S. 189.

<sup>37</sup> Ebd., S. 793.

<sup>38</sup> Vgl. dazu auch Ulrich Huar/Gudrun Fechner, Marx und Engels über Politik, Berlin 1985.

<sup>39</sup> Ders., Zur Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, 19, S. 26.

<sup>40</sup> In seinen Überlegungen zum »integralen Staat« hat Antonio Gramsci den Versuch unternommen, die vor allem bei Lenin und seinen Nachfolgern in der Kommunistischen Internationale kodifizierte Identifizierung von Staatsgewalt und Staatsform (im Sinne der Klassendiktatur der herrschenden Klasse) aufzulösen. Nur so kann a) der Charakter der bürgerlichen Hegemonie erfaßt, und b) der Stellenwert der Demokratie für den Klassenkampf richtig erfaßt werden. Über die »Gleichsetzung von Staat und Regierung« sagt Gramsci kritisch: das heißt: »Verwechslung von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft, denn es ist festzuhalten, daß in den allgemeinen Staatsbegriff Elemente eingehen, die dem Begriff der Zivilgesellschaft zuzuschreiben sind (in dem Sinne, könnte man sagen, daß Staat = politische + Zivilgesellschaft, das heißt, Hegemonie, gepanzert mit Zwang)«. Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Band 4, Hamburg 1992, S. 783.

<sup>41</sup> Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, 17, S. 336; zur Organisation politischer Herrschaft vgl. Göran Therborn, What does the ruling class do when it rules? State apparatuses and state power under Feudalism, Capitalism and Socialism, London 1978.

<sup>42</sup> Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Zweiter Halbband, Köln/Berlin 1964, S. 1046.

<sup>43</sup> »Für die Historiker mag heute die Kontroverse Marx/Bakunin in einem neuen Lichte erscheinen: Marx hatte Recht gegen Bakunin, wenn er immer wieder darauf hinwies, daß eine »radikale soziale Revolution ... an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung« geknüpft sei; auf der anderen Seite sind die Warnungen Bakunins vor der »Verstaatlichung« des Sozialismus, der Diktatur der Partei und der Unterdrückung der Freiheit ernst zu nehmen, als er schrieb: 'Ich verabscheue den Kommunismus, weil er die Negation der Freiheit ist und weil ich mir nichts Menschliches ohne Freiheit vorstellen kann. Ich bin kein Kommunist, weil der Kommunismus alle Kräfte der Gesellschaft auf den Staat lenkt und in diesem absorbiert; weil er notwendig zur Zentralisierung des Eigentums in den Händen des Staates führt, während ich die Abschaffung des Staates will'«. Frank Deppe, Die Linke nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« – neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens, in: J. Bischoff u.a., Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung, Frankfurt/Main 1992, S. 9 ff., hier S. 20.



deren sozialistischen Revolutionären des 19. und 20. Jahrhunderts: auf der einen Seite die Anerkennung der Gewalt und der Diktatur als Mittel der Umwälzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse; auf der anderen Seite das Ziel, gerade mit diesen Mitteln eine wirkliche Volkdemokratie (im Sinne der Aufhebung gesellschaftlicher und politischer Machtmonopole von Minderheiten) herzustellen.<sup>44</sup>

Dennoch gibt es überzeugende Argumente,<sup>45</sup> daß Marx und Engels keineswegs »Staatssozialisten« bzw. zentralistische orientierte »Staatsfetschisten« gewesen sind. Gerade in diesem Punkte unterschieden sie sich deutlich von der babouvistischen Tradition, wie sie in Frankreich von Louis Auguste Blanqui wachgehalten wurde.<sup>46</sup> In der »Kommunalverfassung« der Pariser Kommune sah Marx eine Art Keimform eines neuen Demokratietyps, zu dem auf jeden Fall auch das »allgemeine Stimmrecht« gehören sollte.<sup>47</sup> Die Debatten über die Räte Demokratie, die ja auch in Westeuropa, vor allem aber in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges eine wichtige Rolle spielten, haben diesen alten Gedanken der direkten Demokratie (der ja schon in der englischen Revolution nach 1640 aufkam) wieder aufgegriffen und weitergeführt.<sup>48</sup> Marx – es mag eine Überzeichnung der tatsächlichen Situation, vielleicht auch eine illusionäre Hoffnung gewesen sein – begriff die Kommune als eine Form der Republik, Selbstregierung des Volkes: »Es ist nicht die politische Selbstregierung des Landes durch einen oligarchischen Club... Es ist das Volk, das selbst und für sich selbst handelt.«<sup>49</sup> Die Kommune war »eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Wiederbelebung durch das Volk und des eigenen gesellschaftlichen Lebens des Volkes.«<sup>50</sup>

Die historische Wirkung dieser Demokratiekonzeption, ihre Einbettung in geschichtsphilosophische Ideen sowie ihre Verknüpfung mit der Vorstellung von einer politisch bewußter werdenden Arbeiterklasse als kollektivem Handlungssubjekt kritisch zu überprüfen, wäre Aufgabe eigenständiger Untersuchungen zum Thema »Sozialismus und Demokratie«. Hier wird die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie erörtert – ausgehend von der These von Göran Therborn, daß sich stabile demokratische Regierungsformen in den Metropolen des Kapitals erst nach dem Zweiten Weltkrieg etablieren. Im folgenden

soll daher der Versuch unternommen werden, die verschiedenen Wege, die das Denken über die demokratische und soziale Frage im 19. Jahrhundert eingeschlagen hat, zusammenzufügen. Die Perspektive richtet sich dabei zunächst auf die fundamentale Krise, in die die liberale Demokratie in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geraten ist.<sup>51</sup>

### Krise der bürgerlichen Gesellschaft

Zunächst läßt sich mit Arthur Rosenberg festhalten, daß die »Demokratie als politische Bewegung zerfällt in die sozialistische und in die bürgerliche Demokratie«,<sup>52</sup> wobei beide Strömungen sich in sich selbst noch weiter ausdifferenzieren. Darin kommt zum Ausdruck, daß die soziale Ungleichheit sowie die politischen Machtasymmetrien, die dem Kapitalismus dieser Zeit eigentümlich sind, im politischen Raum den Antagonismus politischer und sozialer Kräfte hervorbringen. Es ist die Heterogenität einer sozial und politisch gespaltenen Gesellschaft, die die Voraussetzungen der Homogenität der politischen Willensbildung, Übereinstimmung von Regierenden und Regierten, unterminiert. Die Zerstörung der Zivilisation des 19. Jahrhunderts resultierte – so Karl Polanyi – in letzter In-



stanz aus dem »Konflikt zwischen dem Markt und den elementaren Erfordernissen eines geordneten gesellschaftlichen Lebens«. Dieser Konflikt »verlieh diesem Jahrhundert seine Dynamik und erzeugte die typischen Spannungen, die schließlich zur Zerstörung dieser Gesellschaft führten. Die Kriege beschleunigten bloß diesen Prozeß.«<sup>53</sup>

Welches sind die wichtigsten Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die ihrerseits die Krise der liberalen Demokratie (als Voraussetzung für die Etablierung autoritärer und terroristischer Herrschaftsformen) beeinflussen, auf der anderen Seite aber auch neue Vorstellungen über die Funktion des Staates sowie über die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse hervorbringen?

**Erstens:** Die kapitalistische Wirtschaft – je mehr sie dem Selbstlauf der Marktregulierung anheim gegeben ist – erzeugt soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrisen, in denen – davon war zumindest John Maynard Keynes in den 20er und 30er Jahren überzeugt (nunmehr auch vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Sowjetunion) – die Gefahr einer revolutionären Umwälzung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung droht.<sup>54</sup> Es bedarf daher einer politischen Regulation: sowohl einer sozialpolitischen Minderung sozial-ökonomischer Risiken, als auch einer antizyklischen staatlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Solche Regulationsformen, die den Kapitalismus »retten« sollen,<sup>55</sup> lassen sich entweder durch eine autoritäre Ausschaltung der Demokratie (faschistische Diktatur), oder durch eine Erweiterung demokratischer Partizipation (einen neuen Korporatismus zwischen Regierung, Kapital und reformistischer Arbeiterbewegung) realisieren.

**Zweitens:** Das kapitalistische Wirtschaftssystem tendiert zu einer inneren Vermachtung durch Kapitalkonzentration, Monopolisierung bzw. Kartellierung, die die Machtstruktur nicht allein zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen, sondern auch zwischen Ökonomie und Politik verschiebt. Damit einher geht eine Vergesellschaftung der Kapitalfunktion, die – so heißt es bei Schumpeter – den institutionellen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zerstört: »das eigentliche Fundament des Privateigentums und des freien Vertragsrechts zerbröckelt in einer Nation, deren lebenskräftigste, faßbarste, ausdrucksvollste Gestalten aus dem moralischen Ge-

sichtskreis des Volkes verschwinden.«<sup>56</sup> Auf diese Weise bilden sich nicht allein wirtschaftliche, sondern auch neue politische Machtkomplexe heraus; denn der Zugriff der mächtigsten Wirtschaftsgruppen auf die Politik vollzieht sich weitgehend außerhalb der klassischen Institutionen der repräsentativen Demokratie. Hier entsteht die Frage nach einer Demokratisierung der Wirtschaftsverfassung, die vor allem in Deutschland nach der Novemberrevolution (Rätebewegung), in der Weimarer Reichsverfassung (Art. 151-165), im System des kollektiven Arbeitsrechtes und schließlich in den Debatten über die »Wirtschaftsdemokratie« im Zentrum stand.<sup>57</sup>

**Drittens:** In dem Maße, wie sich die kapitalistische Wirtschaft internationalisiert, erfährt der starke, nationale Machtstaat eine gewaltige Aufwertung. Die Machtkonflikte dieser Staaten im internationalen System – bis hin zum Krieg – dominieren auch die Innenpolitik und schwächen jene Kräfte, die sich für Demokratie, Sozialismus und internationale Friedensordnungen einsetzen. Arthur Rosenberg hat diesen Wandel vom liberalen Unternehmer zum modernen Großkapitalisten im Zeitalter des frühen Imperialismus so zusammengefaßt: »Der neu-liberale Unternehmer wollte Frieden, Abbau des Staatsapparates, Sicherung der bürgerlichen Freiheit und das ungehinderte Spiel der freien Konkurrenz. Der moderne Monopolkapitalist will dagegen den starken Machtstaat, mit Autorität nach innen und außen.«<sup>58</sup>

Die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zehrt also selbst noch die Legitimationsreserven der Demokratie auf und arbeitet insofern, so haben es einige sehen wollen, antikapitalistischer Kritik zu. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch einen Typus politischen Denkens, der die Krisenerfahrungen der Zeit in das Paradigma einer allgemeinen Dekadenz übersetzt. Diese

<sup>44</sup> In diesem Kontext der unmittelbaren Revolutionserfahrung steht auch W.I. Lenins Auseinandersetzung mit der Schrift von Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918: »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«, in: ders., Ausgewählte Schriften in drei Bänden, hier: Band III, Berlin 1964, S. 69 ff. Hier versucht Lenin nachzuweisen, daß die »proletarische Demokratie ... millionenfach demokratischer (sei) ... als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik« (S. 91).

<sup>45</sup> Vgl. dazu u.a. Uwe-Jens Heuer, Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989; Fritz Behrens,

Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992; Michael Schneider, Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus, Köln 1992; kritisch zum Zusammenhang von ökonomischem Determinismus und Lenin'scher Parteitheorie bzw. Diktaturkonzeption vgl. Cornelius Castoriadis, Gesellschaft als imaginäre Institution, Frankfurt 1990.

<sup>46</sup> Vgl. Frank Deppe, Verschwörung, Aufstand und Revolution, a.a.O.; L. A. Blanqui, Instruktionen für den Aufstand, hrsg. von Frank Deppe, Frankfurt/Main 1968.

<sup>47</sup> Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, 17, S. 340.

<sup>48</sup> Auf diese Kontinuität des Rätegedankens und seiner Praxis macht ebenfalls aufmerksam Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1963, S. 335 ff.

<sup>49</sup> Karl Marx, Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, 17, S. 520.

<sup>50</sup> Ebd., S. 541.

<sup>51</sup> »Es ist unmöglich, die ganze Geschichte unseres Jahrhunderts zu verstehen, wenn wir uns nicht daran erinnern, daß die alte Welt des globalen Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer liberalen Version 1914 zu Bruch gegangen war und daß der Kapitalismus in den nachfolgenden 40 Jahren von einer Katastrophe in die andere schlitterte. Selbst die konservativen Intellektuellen hätten damals keinen Dukaten auf sein Überleben gewettet.« Eric Hobsbawm, Der Tag nach dem Ende eines Zeitalters, in: Sozialismus, 2/1991, S. 23-27, hier S. 24.

<sup>52</sup> Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, a.a.O., S. 302.

<sup>53</sup> Karl Polanyi, The Great Transformation, Frankfurt/Main 1978, S. 329; vgl. dazu auch Josef Esser, Staat und Markt, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.), Politikwissenschaft, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 201 ff.

<sup>54</sup> »Der Übergang von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung, die bewußt auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt, wird ungeheure Schwierigkeiten sowohl technischer wie politischer Natur darbieten. Trotzdem aber ist mein Vorschlag, daß es die wahre Bestimmung des Neuen Liberalismus ist, ihre Lösung zu suchen.« John Maynard Keynes, Bin ich ein Liberaler? (1925), in: ders., Politik und Wirtschaft, Tübingen 1956, S. 246 ff., hier S. 253.

<sup>55</sup> »Die viel berufene 'Keynes'sche Revolution' ... ist durchaus vom Typus der 'konservativen Revolution'. Es ist zutreffend festgestellt worden, daß mit ihrer Hilfe unsere Wirtschaftsordnung in der Zeit äußerster Bedrängnis gerettet worden ist.« Werner Hofmann, Die säkulare Inflation, Berlin 1962, S. 60.

<sup>56</sup> Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942), München 1950, S. 228.

<sup>57</sup> »Das Ende der Weimarer Republik hat historisch bewiesen, daß auf lange Sicht in unserer Zeit Demokratie als bloß formale Demokratie nicht mehr möglich ist, und daß mit der formalen Demokratie auch die durch den Liberalismus entwickelten kulturellen Werte verschwinden müssen, wenn es nicht gelingt, durch Umwandlung der formalen Demokratie in die soziale der Gesellschaft einer positiven Lösung zuzusteuern.« Wolfgang Abendroth, Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie, in: GeMo, 3. Jg., 11/1952, S. 641 ff., hier S. 642; vgl. dazu systematisch Joachim Blau, Sozialdemokratische Staatslehre in der Weimarer Republik, Marburg 1980; Christoph Butterwegge, Austromarxismus und Staat. Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Marburg 1991.

<sup>58</sup> Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus, a.a.O., S. 229.

# NEU im August

Katrin Fuchs  
Peter von Oertzen  
Ludger Volmer  
(Hrsg.)

## Zieht die Linke in den Krieg?

Beiträge zur Debatte  
um Kampfeinsätze aus  
rot-grüner Sicht

Mit Beiträgen von:

Egon Bahr (Hamburg), Wolfgang Biermann (Bonn), Ewald Böhlke (Berlin), Katrin Fuchs (Verl), Thomas Fues (Bad Münstereifel), Konrad Gilges (Köln), Peter Glotz (Bonn), Horst Grabert (Berlin), Arthur Heinrich (Bonn), Jochen Hippler (Köln), Frank Unger (Berlin), Helmut Lippelt (Hannover), Dieter S. Lutz (Hamburg), Wolf Dieter Narr (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Albert Statz (Hannover), Uwe Stehr (Bonn), Ludger Volmer (Bonn), Andreas Wehr (Berlin), Frieder O. Wolf (Berlin).

Ich bestelle direkt beim spw-Verlag,  
Kieler Str. 13, 51065 Köln:

... Exemplare von  
"Zieht die Linke in den Krieg?"  
zum Subskriptionspreis von DM  
19,00 (bis 15.9.1993) bzw. zum  
Buchhandelspreis von DM 25,00.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

(bitte die ab 01.07.1993 gültige Postleitzahl angeben)

Datum, Unterschrift



entäußert sich im unaufhaltsamen Trend zur Massendemokratie (auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes); in der zunehmenden Regulationsfunktion des Staates (fortschreitende Bürokratisierung) auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, also in der »Entpolitisierung des Staates« bzw. im Trend zur Vergesellschaftung der Politik. Der wagemutige Unternehmer verwandelt sich in den satten und feigen Rentier.<sup>59</sup>

Friedrich Nietzsche räsoniert immer wieder über den Verfall der aristokratischen Vernunft (Descartes, 17. Jahrhundert) zum »Feminismus« (Rousseau, 18. Jahrhundert: Aufklärung),<sup>60</sup> zur Tyrannei der Mittelmäßigkeit, die mit Demokratie, Parlamentarismus, Sozialismus und Soziologie assoziiert wird.<sup>61</sup> All das verbindet sich zu einer kulturpessimistischen Variante des politischen Denkens, die – unter dem Eindruck der Lektüre von Jacob Burckhardt's »Kultur der Renaissance in Italien« (1860) – den definitiven Verfall des Heldentums der Renaissance-Menschen beklagt,<sup>62</sup> um dann letztlich für die Liquidierung der liberalen wie der sozialistischen Demokratie zugunsten der autoritären Diktatur bzw. des faschistischen Führerstaates zu optieren, dessen plebiszitäre Legitimation durch das Volk dann z.B. bei Carl Schmitt zu einer höheren Form der »völkischen« Demokratie hypostasiert wird.<sup>63</sup>

Diese Linie eines »neomachiavellistischen Denkens« im frühen 20. Jahrhundert (bei Mosca, Pareto, Michels und den Anleihen, die bei Sorel genommen werden) kann hier nicht ausführlicher behandelt werden.<sup>64</sup> Dennoch erinnert deren Renaissance in den heutigen politischen und politikwissenschaftlichen Debatten (freilich noch am rechten Rand) an ein Strukturproblem demokratischer Legitimation: daß nämlich die Erfahrung gesellschaftlicher Desintegration – gekoppelt mit der Krise politischer Steuerungsinstrumente sowie des Blocks der regierenden Eliten (politische Klasse) – bei konservativen Eliten stets noch der Option für die Vorseibständigung der staatlichen Gewaltapparate zugearbeitet hat.

Und doch finden sich gerade bei Carl Schmitt dort, wo er die Krise des neuzeitlichen Staates konstatiert, auch immer wieder im Ansatz Erkenntnisse, die – gleichsam in verkehrter Form – auf ein neues Entwicklungsmodell des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie hinweisen. Sein Begriff des »totalen Staates« – vor 1933 – beinhaltet den

Bruch mit der klassischen Trennung von Staat und Gesellschaft. So sagt er im »Hüter der Verfassung«: »Die zum Staat gewordene Gesellschaft wird ein Wirtschaftsstaat, Kulturstaat, Fürsorgestaat, Wohlfahrtsstaat, Versorgungsstaat ... Die Parteien, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Tendenzen sich organisieren, sind die zum Parteienstaat gewordene Gesellschaft selbst.«<sup>65</sup>

### »Fordismus« – Akkumulationstyp und Regulation

Dieses neue Entwicklungsmodell, das den Konservativen als Verfallsform des Staates erscheinen mußte, organisiert sich – nach 1945 – in der Formation des »Fordismus«. Erst jetzt – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, beeinflusst durch die Resultate des Zweiten Weltkrieges – stabilisiert sich das Verhältnis von Kapitalismus, Interventionsstaat und parlamentarischer Demokratie in den westlichen Metropolen des Kapitals. Dabei handelt es sich um die Ausbreitung des amerikanischen Kapitalismusmodells, das sich seit den 20er Jahren herausbildete und nach 1945 als siegreich erwies.<sup>66</sup>

Die tragenden Säulen der fordistischen Formation sind 1. die Durchrationalisierung des Arbeitsprozesses (Taylorisierung), 2. die Massenproduktion dauerhafter Konsumgüter, 3. die Sicherung von Nachfragesteigerungen durch effektive Lohnerhöhungen. Zur Funktionsfähigkeit dieses Modells gehört ein tiefgreifender Wandel im Verhältnis von Ökonomie und Politik – die Etablierung von wirtschaftlicher Globalsteuerung und staatlichen Interventionsinstrumenten (Keynesianismus) sowie die Institutionalisierung korporativer Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Dies ist zugleich die Basis für eine Neuorganisation der Klassenbeziehungen und einen darauf gegründeten hegemonialen Politiktyp, der die Masse der Lohnarbeiter und ihre Gewerkschaften in den »fordistischen Block« integriert.<sup>67</sup>

Natürlich setzt sich dieses Modell nicht in allen Staaten gleichförmig durch.<sup>68</sup> Nach 1945 gibt es in Westeuropa immer wieder heftige soziale und politische Kämpfe um die Schlüsselfrage, wieweit die politische und gesellschaftliche Regulation der kapitalistischen Ökonomie und ihrer krisenhaften Entwicklungsdynamik vorangetrieben oder zurückgedrängt werden kann. Dennoch

setzte sich dieses »fordistische Modell« in seiner westeuropäischen Variante (d.h. vor allem mit einer starken Machtposition der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung) weitgehend durch.<sup>69</sup> Die politische Linke wie die Rechte stritten in der Regel nur um verschiedene Varianten seiner Ausgestaltung. Die Linke setzte sich eher für Sozialstaatlichkeit, einen aktiven öffentlichen Sektor, für Kontrolle des Großkapitals und für starke Gewerkschaften ein. Die Rechte hingegen bevorzugte den Markt, die Modernisierung, einen öffentlichen Sektor, der der Privatwirtschaft dient; und sie hatte Angst vor starken Gewerkschaften.<sup>70</sup> Für unsere Betrachtung bleibt freilich die Frage entscheidend, wie der innere Zusammenhang zwischen der Stabilität dieser Formation und der Legitimation demokratischer Herrschaftsformen im politischen Raum angemessen begriffen werden kann. Diese Fragen sollten vor dem Hintergrund der zuvor thematisierten Strukturprobleme der ebenso homologen wie kontradiktorischen Beziehung von Kapitalismus und Demokratie beantwortet werden.

Erstens: Die Stabilität dieser Formation beruht in erster Linie auf der außergewöhnlich langen Periode des Wirtschaftswachstums, in der Profitentwicklung, Produktivitätssteigerung, Vollbeschäftigung und Reallohnsteigerungen der Lohnabhängigen in einer – zumindest oberflächlich betrachtet – proportionalen Entwicklung zueinander standen.<sup>71</sup> Dazu kam die Etablierung von wohlfahrts- bzw. sozialstaatlichen Instrumenten, die soziale Risiken abfederten. Das »Golden Age of Capitalism« – wie es inzwischen genannt wird – modifizierte (in den Metropolen des Kapitals) zum ersten Mal in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft – über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten – jene der kapitalistischen Wirtschaft eigene Tendenz zur Ungleichheit sowie zur Instabilität, die dann ihrerseits ins Zentrum antagonistischer politischer Konflikte tritt. Der »Fordismus« ist deshalb zurecht als eine Formation des »Klassenkompromisses« bezeichnet worden. Die Reproduktion von Legitimation – im Sinne des Konsensus von Herrschenden und Beherrschten – setzt daher einen weiten »Handlungskorridor« des Staates voraus, der seinerseits auf hohen Wachstums- und Akkumulationsraten des Kapitals sowie auf einer steigenden »Staatsquote« (Anteil der öffentlichen Ausgaben am BSP, der in der Bundesrepublik



von 32% in 1960 auf ca. 48% Ende der 80er Jahre anstieg) beruht.<sup>72</sup> Legitimationsprobleme spätkapitalistischer Systeme treten daher nicht in den Kernsektoren

<sup>59</sup> Zum »Spekulanten-Kapitalismus« lesen wir bei Georges Sorel, Über die Gewalt (1908), Frankfurt/Main 1969, S. 90: »Auf die Entartung der kapitalistischen Wirtschaft propft sich die Ideologie einer eingeschüchternen und von Humanitätsidealen erfüllten Bürgerklasse, die sich vermisst, ihr Denken von den Bedingungen ihres Daseins zu befreien. Die Rasse der kühnen Führer, die die Größe der modernen Industrie begründet hatten, verschwindet, um einer im Übermaß gesättigten Aristokratie Platz zu machen, die wünscht, im Frieden zu leben.« Vgl. dazu auch Armin Steil, Die imaginäre Revolte. Untersuchungen zur faschistischen Ideologie und ihrer theoretischen Vorbereitung bei Georges Sorel, Carl Schmitt und Ernst Jünger, Marburg 1984, bes. S. 27 ff.

<sup>60</sup> Friedrich Nietzsche, Der Wille zur Macht, Stuttgart 1980, S. 69. »Das 18. Jahrhundert ist vom Weibe beherrscht, schwärmerisch, geistreich, flach, aber mit einem Geiste im Dienst der Wünschbarkeit, des Herzens, libertin im Genusse des Geistigen, alle Autoritäten unterminierend; berauscht, heiter, klar, human, falsch vor sich, viel Canaille au fond, gesellschaftlich ...« (ebd.; S. 70). Von diesem Kampf gegen den »Feminismus« der modernen Dekadenz handelt die brillante Untersuchung von Nikolaus

Sombart, Die deutschen Männer und ihre Feinde. C. Schmitt – ein deutsches Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatmythos, München 1991.

<sup>61</sup> »Unsere ganze Soziologie kennt gar keinen anderen Instinkt als den der Herde, d.h. der summierten Nullen, wo jede Null 'gleiche Rechte' hat, wo es tugendhaft ist, Null zu sein«, Friedrich Nietzsche, Der Wille zur Macht, a.a.O., S. 41. »Ich bin abgeneigt ... dem Parlamentarismus und Zeitungswesen, weil dies die Mittel sind, wodurch das Herdentier sich zum Herrn macht.« ebd., S. 504.

<sup>62</sup> »Nun wird kein Philosoph darüber in Zweifel sein, was der Typus der Vollkommenheit in der Politik ist; nämlich der Machiavellismus. Aber der Machiavellismus, pur, sans mélange, cru, vert, dans toute sa force, dans toute son apreté ist übermenschlich, göttlich, transzendent, er wird vom Menschen nie erreicht, höchstens gestreift ...« ebd., S. 213/4.

<sup>63</sup> Über den »Gegensatz von Parlamentarismus und Demokratie« schrieb Carl Schmitt (Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1985) schon 1926: »Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebensogut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat, den man seit einem halben Jahrhundert mit einer so minutiösen Sorgfalt ausgebildet hat. Je stärker die Kraft des demokratischen Gefühls, um so sicherer die Erkenntnis, daß Demokratie etwas anderes ist als nur das Registrierungssystem geheimer Abstimmungen. Vor einer, nicht nur technischen, sondern auch im vitalen Sinne unmittelbaren Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine

künstliche Maschinerie, während diktatorische und zärsaristische Methoden nicht nur von der acclamatio des Volkes getragen sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können.« S. 22/23

<sup>64</sup> Vgl. Frank Deppe, Niccolò Machiavelli, a.a.O., S. 392 ff.

<sup>65</sup> Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung (1931), Berlin 1985, S. 79.

<sup>66</sup> Zum Fordismus-Begriff und seiner Geschichte vgl. u.a. Joachim Hirsch/Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 41 ff.; zum Fordismus-Begriff der »Regulationsschule« vgl. Birgit Mahnkopf (Hrsg.), Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988; Alex Demirovic u.a. (Hrsg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster 1992; zur Fordismus-Analyse bei Antonio Gramsci vgl. u.a. Joachim Bischoff/Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989, S. 38 ff.; Giorgio Baratta, Antonio Gramsci Critico dell'Americanismo, in: ders. und Andrea Catone (Hrsg.), Modern Time. Gramsci e la Critica all'Americanismo, Milano 1989, S. 29 ff.

<sup>67</sup> Vgl. dazu auch Klaus Dörre, Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«, in: Frank Deppe u.a. (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch, Köln 1989, S. 16 ff., bes. S. 23 ff.

<sup>68</sup> Erhebliche Unterschiede bestehen z.B. zwischen den skandinavischen Ländern mit einer seit den 20er Jahren stabilen sozialstaatlichen Tradition und den beiden Ländern der iberischen Halbinsel, in denen die faschistischen Diktaturen bis 1974 bzw. bis 1976 fortbestehen. Besonders interessant wäre natürlich – am Beispiel Spaniens – eine Untersuchung, inwieweit die Entwicklung des Kapitalismus, die Einbeziehung in den Weltmarkt (seit den 50er Jahren), dann aber auch die Welle der Klassenkämpfe seit den späten 60er Jahren dem Niedergang des »Franquismus«, schließlich der »Transición« zur Demokratie zugearbeitet hat.

<sup>69</sup> Vgl. dazu u.a. Hartmut Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1890 – 1980, München 1987.

<sup>70</sup> Vgl. Josep Gonzàlez i Cavet, Crisis, transición y estancamiento. La política española, 1973-1982, in: Miren Etxezarreta (Coor.), Le reestructuración del capitalismo en España, 1970-1990, Barcelona 1991, S. 133 ff., hier S. 145.

<sup>71</sup> Eine durch und durch »ökonomistische« Begründung des Zusammenhangs von Wachstum und politischer Stabilität findet sich im Abgesang des Mitarbeiters der FAZ auf die alte BRD: »Stabile Mehrheiten im Inneren und eine kalkulierbare Außenpolitik waren zunächst ja nur die natürlichen Folgen der überwältigenden deutschen Wirtschaftskraft«. Später fügt er hinzu, um die gegenwärtige Krise der Politik zu charakterisieren: »Ein Staat, dem seine Bürger überwiegend deshalb die Treue halten, weil sie von ihm mehr Wohlstand und mehr Sicherheit erwarten, ist anfällig gegen den politischen Extremismus. Völlig zu Recht hat ein aufs Wirtschaftliche eingeschworener Fachmann wie Friedrich von Hayek eine Krise der modernen Demokratie für den Fall vorausgesagt, daß ihr ökonomischer Fortschritt zum Stillstand kommen sollte.« Konrad Adam, Weder Weimar noch Kathargo, in: Siegfried Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt/Main 1993, S. 87 und S. 98.

<sup>72</sup> Vgl. dazu u.a. Ralph Graf, Der Staat im entwickelten Kapitalismus – Kolob auf tönernen Füßen? in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 14, Juni 1993, S. 97 ff. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die neokonservativen Regierungen seit dem Ende der 70er Jahre Anstrengungen unternahmen, um die Staatsquote zu senken.



ren der Ökonomie, der Politik und der Gesellschaft, sondern eher in deren »Randbereichen« auf.<sup>73</sup>

**Zweitens:** Fordismus bedeutet die Erschließung einer neuen Akkumulationsdynamik durch die Produktion dauerhafter Konsumgüter sowie die fortschreitende kapitalistische Transformation des Handels und des Dienstleistungssektors insgesamt.<sup>74</sup> Damit freilich gehen soziale Veränderungen einher, die ihrerseits nicht allein die Polarisierung der Klassenlagen abschwächen (Erosion proletarischer Milieus),<sup>75</sup> sondern auch die subjektiven Wertorientierungen der Menschen grundlegend im Sinne von Selbstverwirklichung durch Konsum verändern. Solange die Lebensweise bzw. der Alltag auch der Lohnabhängigen durch stabile Beschäftigungsverhältnisse, vielfältige Optionen im Bereich des Bildungswesens,<sup>76</sup> durch das Angebot der Medien sowie durch die Erwartung kontinuierlicher Verbesserung der Lebensbedingungen charakterisiert werden, erzeugt diese selbst eine Legitimation für das politische System und die staatstragenden politischen Kräfte. Es ist diese Erschließung neuer Legitimationsressourcen, die in den frühen 60er Jahren von Herbert Marcuse im Begriff der »Eindimensionalität« reflektiert wurde. Seine Kritik faßte er so zusammen: »Eine komfortable, reibungslose, vernünftige, demokratische Unfreiheit herrscht in der fortgeschrittenen industriellen Zivilisation, ein Zeichen technischen Fortschritts.«<sup>77</sup>

**Drittens:** Der Wandel des politischen Systems – hin zu einer Institutionalisierung und Vermachtung sozialer Interes-

sen (Verbände), aber auch zu einer Privilegierung der politischen Parteien und zu einer immer stärker werdenden Bedeutung der Medien<sup>78</sup> – verändert zwar nicht grundlegend den Sachverhalt, daß der Interventionsstaat stets auch den Akkumulationsinteressen des Kapitals vor allem der Großkonzerne in den sog. modernen Wachstumsbranchen Rechnung zu tragen hat. Dennoch bildet sich neben den Sicherheitsapparaten der Exekutivgewalt ein System von privaten und staatlichen Institutionen heraus.<sup>79</sup> Ihr Erfolg wird daran gemessen, wie weit sie Legitimation erzeugen und reproduzieren.<sup>80</sup> Auch die neuerliche Entdeckung der »Zivilgesellschaft« – ob sie nun mehr auf Antonio Gramsci<sup>81</sup> oder auf Hannah Arendt und die Tradition der US-amerikanischen »Verfassungsväter«<sup>82</sup> sich bezieht – konzentriert sich auf diesen politischen Zwischenraum zwischen der Ökonomie und den staatlichen Gewaltapparaten im engeren Sinn, indem sie die Gesellschaft insoweit als demokratisch bezeichnet, als sie von den Prinzipien freier Selbstorganisation und unabhängiger Öffentlichkeit, von Pluralismus, Kompromiß und Machtkontrolle bestimmt ist.<sup>83</sup>

**Viertens:** Die je nationalen Formationen des Fordismus sind eingebettet in eine Struktur des internationalen Systems, die – gleichsam überdeterminierend – als eine starke Quelle der Legitimation demokratischer Regierungsform wirkt. Es handelt sich dabei zum einen um den globalen Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, von Freiheit und Unfreiheit (so das im Westen vorherrschende Bewußtsein). Dieser fungiert gleich-

sam als letztinstanzlicher Bezugsrahmen externer Legitimation (wobei allerdings gerade hier, erinnert sei lediglich an die internationale Kritik an der Vietnam- und der Lateinamerika-Politik der USA, auch Widersprüche aufbrechen). Dazu kommt innerhalb des westlichen Systems eine klare Hegemonialstruktur. Diese beruht nicht allein auf der ökonomischen und militärischen Macht der USA, sondern auch darauf, daß die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – nach der Devise »Keynes at home, Adam Smith abroad« – für die Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit für die Beteiligten von Vorteil war und der US-Dollar als Weltgeld – bis zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems – eine wichtige Regulationsfunktion übernahm.<sup>84</sup>

### Erschöpfung der Legitimationsressourcen

Es war das Zusammenwirken dieser Legitimationsressourcen, das die Stabilität demokratischer Regierungsformen in der fordistischen Formation erklärt. Daraus leitet sich eine abschließende These ab: Der Legitimationsdruck, unter den die demokratischen Systeme im Westen geraten sind, resultiert vorab daraus, daß sich die Legitimationsressourcen erschöpft haben bzw. erodieren. Wenn sich die Stabilität einer Formation durch ein kohärentes Verhältnis zwischen Akkumulationstyp und Regulationsweise auszeichnet, dann tritt eine Krise der Legitimation dann ein, wenn Akkumulation und Regulation auseinanderfallen.

Seit Ende der 80er Jahre ist der Systemgegensatz als Legitimationsressource entfallen. »Nach dem Ende der Vergleiche werden die Maßstäbe der Beurteilung härter« (von Beyme). Die Frage nach der Legitimation der kapitalistischen Systeme *aus sich selbst* hat eine neue Bedeutung gewonnen,<sup>85</sup> obwohl die Konsequenzen dieses gewaltigen weltpolitischen Umbruchs derzeit kaum exakt zu ermessen sind.<sup>86</sup> Dennoch sind die neuen Herausforderungen wesentlich mit den Entwicklungstendenzen der transnationalen kapitalistischen Ökonomie verbunden. Josef Esser sieht das »Paradoxe der gegenwärtigen Situation gerade darin, daß in einer Zeit des notwendigen politischen Gestaltungsbedarfes für ein zu vereinigendes Deutschland, für ein neues Europa und für eine neue gerechtere Weltordnung, sich die Weltwirtschaft, oder zumindest ihr Kern, die Triade: USA, Japan/Pazifischer Raum, Westeuropa, immer mehr *ökonomisch integriert* und *politisch desintegriert*«. <sup>87</sup>

Auf die Probleme der ökonomischen und ökologischen Desintegrationspotentiale jenseits dieses Kerns, also auf die gewaltigen Spaltungen in den Achsen Ost-West und Nord-Süd (zusammen mit der Bevölkerungsentwicklung und den ökologischen Problemen), kann hier nicht näher eingegangen werden – obwohl sie, wie Paul Kennedy in seinem

<sup>73</sup> Vgl. u.a. Frank Deppe/Klaus Dörre, Klassenbildung und Massenkultur im 20. Jahrhundert, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 726 ff.

<sup>74</sup> Vgl. dazu bes. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1986, S. 205 ff.

<sup>75</sup> Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch (1964), Neuwied und Berlin 1970, S. 21; wenn Michael Walzer (Zweifel und Einmischung, Frankfurt/Main 1991, S. 232 ff.) daraus schließt, daß Marcuse's Kritik dem Leitsatz »Je schlechter, desto besser« verpflichtet sei, so verkennt er die Intentionen dieser Kritik. Am Schluß des »eindimensionalen Menschen« (S. 267) vertritt Marcuse dezidiert die Position, daß der Kampf um die Lösung der »totalen Verdünnung« über »die traditionellen Formen hinausgewachsen« sei. »Die totalitären Tendenzen der eindimensionalen Gesellschaft machen die traditionellen Mittel und Wege des Protests unwirksam – vielleicht sogar gefährlich, weil sie an der Illusion der Volkssouveränität festhalten.«

<sup>76</sup> Vgl. neuerdings Klaus von Beyme, Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt/Main 1993.

<sup>77</sup> In der marxistischen Debatte der 70er Jahre hat besonders Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 1977, diese Dimension der Reproduktion von Legitimation hervorgehoben. Die darin wirkende Tendenz zum »autoritären Etatismus« betonte vor allem sein Schüler Nicos Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978.

<sup>78</sup> Vgl. Joachim Hirsch/Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, a.a.O., S. 64 ff.

<sup>79</sup> Vgl. u.a. Sabine Kebir, Gramsci's Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

<sup>80</sup> Vgl. Ulrich Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989; vgl. auch Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt/Main 1990, bes. S. 45 ff.

<sup>81</sup> Vgl. Joachim Hirsch, Das Ende der Zivilgesellschaft, in: Widerspruch (Zürich), 12. Jg., Heft 24, Dezember 1992, S. 43 ff.

<sup>82</sup> Vgl. dazu u.a. Elmar Altwater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987; Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, Marburg 1991; Robin Jakobitz, Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 5, Marburg 1991; Kurt Hübner, Entwicklungskoordinaten der

<sup>73</sup> So z.B. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main 1973.

<sup>74</sup> Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, a.a.O.; Joachim Bischoff/Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität, a.a.O., S. 79 ff.

Weltwirtschaft, in: Karin Fuchs u.a. (Hrsg.), Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik, Köln 1992, S. 41 ff.

<sup>85</sup> »Ob man eines Tages zurückblickend dem Westen seine 'beste Zeit' paradoxerweise für jene Phase der Geschichte bescheinigen muß, in der er in Bedrohung und Konfrontation mit dem ordnungspolitischen Gegenmodell des Kommunismus gelebt hat, bleibt heute offen«. Ludger Kühnhardt, Europäische Union und föderale Idee, München 1993, S. 6; eindeutiger urteilt Ulrich Beck, Der feindlose Staat, a.a.O., S. 111/2: »Der Kalte Krieg – nachträglich kann, darf, muß man es sagen – war ein Gottesgeschenke... Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Osten zu einem einzigen Beweis dafür, daß der Kapitalismus notwendig ist.«

<sup>86</sup> Die naive Erwartung, daß nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme auf einem schnellen Wege durch Marktwirtschaft Wohlstand sowie durch die Demokratie und den Schutz der Menschenrechte Freiheit erreicht würden, ist inzwischen reichlich desavouiert bzw. enttäuscht. Darin zeigen sich neben den internen Zerfallsprozessen der Ökonomie und der Gesellschaft vor allem die Wirkungen der Weltmarktkonkurrenz, die nationale Ökonomien und Unternehmen mit niedrigerer Produktivität unter einen letztlich zerstörerischen Modernisierungsdruck setzt, ohne Antworten auf die Bearbeitung der sozialen Probleme, aber auch der Tilgung der bereits vor 1990 akkumulierten Schulden zu geben. Eher scheint sich zu bestätigen, daß die Entwicklung abhängiger Peripherie-Ökonomien des Weltmarktes (in den ehemals sozialistischen Staaten) mit der Festigung autoritärer Herrschaftsformen in der Politik einhergeht (also in gewisser Weise die Bedeutung des absolutistischen Staates in Westeuropa für die Entwicklung des Kapitalismus nachgeholt werden muß). Michael Stürmer, Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen, sagte kürzlich in einem Vortrag: »Wirtschaftlich und sozial gesehen ist der Zustand der Weimarer Republik am Ende ihrer Epoche eine Picknickparty im Vergleich zu dem post-sovietischen Potential an Verzweiflung, Zerstörung und Bitternis. Demokratie und Marktwirtschaft sind in diesem Zusammenhang nicht viel mehr als schöne Worte«. Oberhessische Presse vom 23. Juni 1993.

<sup>87</sup> Josef Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt, a.a.O., S. 409 ff., hier S. 410/411.



## Für Linksausleger

54 · Kapitalismus und Demokratie

Ich möchte den FREITAG kennenlernen und bestelle sechs Ausgaben zum Probierpreis von nur DM 12,- (Nur Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort, \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche (Poststempel) beim Vertrieb FREITAG widerrufen kann.

2. Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: Vertrieb FREITAG  
Postfach 360 520 / W-1000 Berlin 36

**Freitag**  
Die Ost-West-Wochenzeitung

Sozialismus 9/93

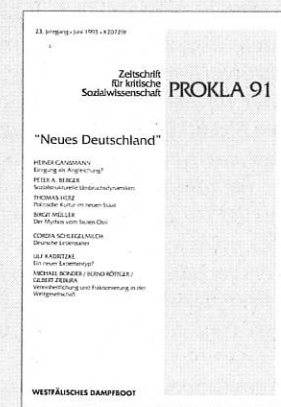
### PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich 58,- DM (plus Porto).

Das Einzelheft kostet 18,- DM. Unverbindliches Probeheft 9,- DM.

Abo-Bestellformulare und Gesamtverzeichnisse beim Verlag:



#### Das aktuelle Heft:

PROKLA 91  
"Neues Deutschland"

Mit Beiträgen von:

Heiner Ganßmann:	Einigung als Angleichung?
Thomas Herz:	Politische Kultur im neuen Staat
Birgit Müller:	Der Mythos vom faulen Ossi

#### Neu im September:

PROKLA 92  
Die Linke in Europa

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26a • 48145 Münster • Tel. 02 51 / 6 08 60 80

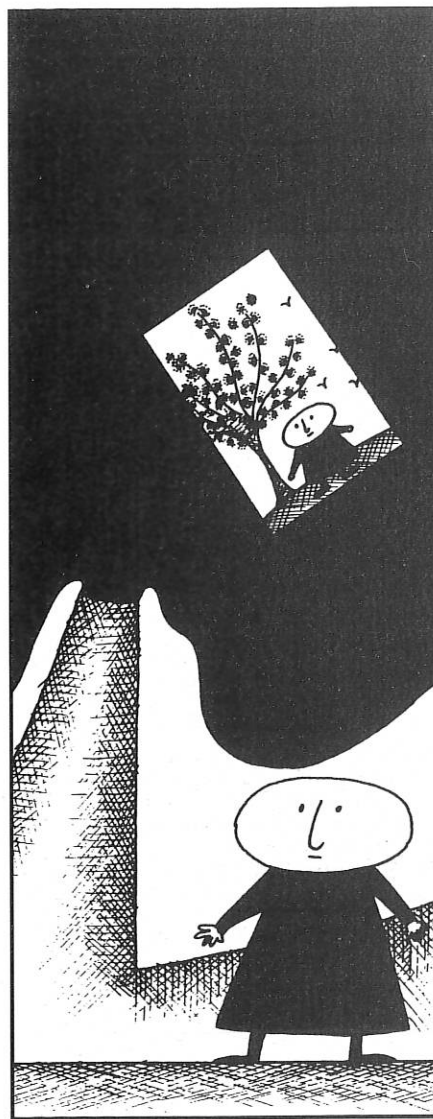
Sozialismus 9/93

Kapitalismus und Demokratie · 55



neuen Buch zu zeigen versucht, für die entwickelten Staaten und die internationalen Organisationen die großen Herausforderungen beim Eintritt ins 21. Jahrhundert darstellen.<sup>88</sup> *Politische Desintegration* meint, daß einerseits die Regulationsfunktion der Nationalstaaten in dem Maße entwertet wurde, wie sie – im Zeitalter der neokonservativen und neoliberalen Hegemonie der 80er Jahre – dem »Sachzwang Weltmarkt« nachgaben und dabei zugleich innenpolitisch den Klassenkompromiß, der der fordistischen Formation Stabilität verliehen hatte, aufkündigten. Während sich so die Machtasymmetrie zugunsten der transnationalen Konzerne verschiebt, haben sich andererseits in den modernen Gesellschaften ökologische Risiken und soziale Spaltungen verschärft, die die Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der Staaten mehr und mehr überfordern.

Der Entwertung der nationalen, wirtschaftspolitischen Souveränität sowie die zunehmende Abkoppelung der internationalen monetären und Finanzsphäre von der Realakkumulation sowie von der Steuerung durch die nationalstaatliche Haushalts-, Geld- und Finanzpolitik (»Casino-Kapitalismus«) entspricht die zunehmende Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte.<sup>89</sup> Der »Handlungskorridor« staatlich-politischer Steuerung verengt sich auf diese Weise beträchtlich, während gleichzeitig mit dem Wachstum der Armut, dem (seit den 70er Jahren bestehenden) hohen »Sockel« und nunmehr dem schnellen Ansteigen der Arbeitslosigkeit, aber auch in der Bewältigung der Kosten und Risiken der modernen Zivilisation (Verkehr, Gesundheitswesen, Zerstörung von Umwelt und Natur usw.) neue Anforderungen entstanden sind, die – so scheint es – die gesellschaftlichen und politischen Akteure (allen voran die zentralstaatlichen Institutionen) mehr und mehr »überanstrengen«. Dieser Prozeß der gesellschaftlichen Desintegration vollzieht sich derzeit in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten unter je spezifischen historischen und nationalen Voraussetzungen (so ist z.B. in den USA die Rekonstruktion der verfallenen Infrastruktur sowie die Bewältigung der Probleme der Massenarmut eine drängendere Aufgabe als in den »reicheren« Mitgliedsstaaten der EG; in Deutschland hingegen wirkt er im Zusammenhang mit den gewaltigen finanziellen Belastungen in der Folge der deutschen Einigung). Diese Problemlagen werden vor allem durch die transnationalen Migra-



tions- und Fluchtbewegungen (die ihrerseits Ausdruck der Spaltungen der internationalen Gesellschaftsordnung sind) sowie durch die Wirkungen der Weltmarktrezession seit 1991/92 enorm verstärkt.

*Der Legitimationsdruck auf die demokratischen Systeme entsteht also wesentlich daraus, daß die relative Homogenität der Gesellschaft in der fordistischen Formation (im Sinne der Modifikation sozialer Ungleichheit und der Neutralisierung von krisenhafter Instabilität) nicht mehr zu gewährleisten ist und daß die zentralen Akteure des politischen Systems deshalb immer weniger die Funktion der Mobilisierung bzw. der Reproduktion von Legitimitätsressourcen erfolgreich wahrzunehmen vermögen.* Die Spezifik der gegenwärtigen Epoche besteht dabei insbesondere darin, daß sich sowohl die sozialen Spaltungen als auch die politischen Konfliktkonstellationen

tendenziell jenseits der bis zum Fordismus bestimmenden Klassenkonstellationen und ihren politischen Organisationsformen bewegen. Die Erosion jenes »Klassenkompromisses«, der wesentliche Element der politischen Stabilität in der fordistischen Formation gewesen war, wird freilich nicht allein durch einen politischen Paradigmenwechsel (vom Staat zum Markt, vom Keynesianismus zum Neoliberalismus) vollzogen. Vielmehr hat die Krise der politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in den Metropolen des Kapitals (die etwa Mitte der 70er Jahre einsetzt)<sup>90</sup> selbst noch zur Auszehrung von Legitimationsressourcen beigetragen.<sup>91</sup> Die Krise der Politik scheint daher auch ein Resultat jener strukturellen – stets von neuem zu bearbeitenden – Widerspruchskonstellation, daß die Entfesselung der Marktkräfte zugleich der Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte im Wege steht. Insofern reproduzieren sich hier Konturen eines Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher und politischer Stabilität sowie der »Utopie der Menschenrechte«, die – durchaus in der Tradition des Denkens von Carl Schmitt – Reinhard Koselleck schon 1959 als Geburtsfehler der bürgerlichen Welt, als deren »Pathogenese« bezeichnet hatte.<sup>92</sup>

### Ein »neuer Gesellschaftsvertrag«?

Es ist nicht meine Absicht, die Ergebnisse dieser Analyse zum Schluß zu einem politischen Programm zu verdichten oder zuzuspitzen. Und auch an die Marx'sche Kritik der Politik sollte hier nicht im emphatischen Sinne der 11. Feuerbachthese, also eines »Projektes der Welterneuerung«, erinnert werden. Ein entmythologischer Marxismus könnte zunächst einmal das Bewußtsein für die Bedeutung ökonomischer Prozesse für die Entwicklung von Gesellschaft und Politik – d.h. auch für die strukturelle Widerspruchskonstellation, die der Beziehung von Kapitalismus und Demokratie innewohnt – schärfen. Es geht dabei nicht um eine schlichte Re-Affirmation des Basis-Überbau-Theorems, sondern um ein Projekt der konkreten Untersuchung der heutigen kapitalistischen Weltökonomie. Genauer, es ist der Nachweis des inneren Zusammenhanges von gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnissen, der bis in die Gegenwart das Terrain markiert, auf dem die

Kämpfe um die Demokratie bisher getragen wurden. Dieses Terrain verändert sich historisch; aber es ist – angesichts des Scheiterns verschiedener Wege, die dabei beschritten wurden – doch keineswegs verschüttet. Im Gegenteil, in der Gegenwart, mehr noch in der Zukunft werden die sozialen und politischen Akteure mit der Frage konfrontiert sein, ob und wie der traditionelle Anspruch der Rechtstaatlichkeit und der parlamentarischen Demokratie – deutlicher: der Anspruch der »Volkssouveränität« – mit den Rationalitäts- und Effizienznormen des transnationalen Kapitalismus auf der einen und den »globalen Herausforderungen« der Sicherung menschlichen Überlebens auf der anderen Seite kompatibel ist. Ich halte daher weder die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie noch das Programm der Vergesellschaftung der Politik für überholt.

Vielleicht weist die Debatte über die *Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages* in die richtige Richtung. Burkart Lutz hatte schon 1984 auf die Gefahr hingewiesen, daß sich die »zunehmend explosiven Konfliktherde«, Gleichgewichtsstörungen, Risikopotentiale etc. – verstärkt durch einen ganz normalen Konjunkturabschwung – zu einer »kumulativen Depression« verdichten könnten, die letztlich den Charakter einer systemischen Destabilisierung annehmen könnte. »Solche Bedrohungen zu verhindern ... ist eine Aufgabe, die nur von der Politik geleistet werden kann«. Die »eigentliche Aufgabe von Politik« wäre es angesichts dessen, »daß für Sorge zu tragen, daß die rationale und erfolgreiche Wahrnehmung von solchen Interessen, die nur durch politisches Handeln (oder zumindest nur unter seiner aktiven Beteiligung) entstehen bzw. ihre jetzige Form annehmen könnten, Wirkungen hat, die mit den auf gesellschaftlichen Konsens gegründeten Zielen und Werten übereinstimmen und Kohärenz wie Effizienz des Gesamtsystems erhöhen; und zu verhindern, daß die Durchsetzung von partikularen Interessen im Rahmen von Verhältnissen, die oft von Politik überhaupt erst geschaffen wurden, in einem unausweichlichen Konflikt mit dem Gemeininteresse steht, dem zu dienen Politik verpflichtet ist«. Der neue Gesellschaftsvertrag müßte – ohne daß schon im einzelnen seine Inhalte und Ziele auszumachen sind – »die Grundzüge eines neuen politisch-institutionellen Arrangements« fixieren.<sup>93</sup>

Mit den Inhalten eines solchen neuen

Gesellschaftsvertrages sind offensichtlich ganz unterschiedliche Auffassungen und Konzepte verbunden.<sup>94</sup> Gleichwohl scheint der Grundgedanke plausibel: wenn die Marktdynamik des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht zu einer Unterminierung demokratischer Institutionen und Freiheiten führen soll, dann müßte im politischen Raum die Frage zentral werden, wie die Bedingungen politischer Partizipation, Freiheit sowie von sozialen Grundsicherungen im Sinne des Postulats sozialer Gerechtigkeit – unter den Bedingungen der heutigen internationalen Vergesellschaftung – neu zu definieren und zu institutionalisieren sind. Es wäre freilich schon ein Gewinn, wenn sich Intellektuelle und Wissenschaftler – vor allem auch in den Sozialwissenschaften und in der Politikwissenschaft – dem Begriff, mehr noch: Ansätzen der praktischen Bearbeitung der hier thematisierten Probleme widmeten. ♦

<sup>88</sup> Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993; vgl. dazu auch Club of Rome, Die globale Revolution, Spiegel-Spezial, Hamburg 1991; Elmar Altwater, Der Preis des Wohlstandes oder Umweltpfänderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992.

<sup>89</sup> Vgl. dazu u.a. Elmar Altwater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991; Karl Georg Zinn, Die neue Qualität des Finanzkapitals. Deregulierung und Informationstechnologien veränderten in den 80er Jahren den Finanzsektor der Industrieländer, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 19 (1993), Heft 1, S. 59 ff.

<sup>90</sup> Vgl. dazu u.a. Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1991.  
<sup>91</sup> »Die politische Linke hat die Hegemonie verloren, weil sie auf die aufgebrochenen Widersprüche des Sozialstaates keine überzeugende Alternative wußte; die nachfolgende Überakkumulationskrise in den kapitalistischen Hauptländern hat die Schranken der sozialstaatlichen Systeme noch verstärkt, was – im Zusammenhang mit neokonservativer Demontagepolitik – den Sozialstaat herkömmlicher Prägung bei wachsenden Teilen der Bevölkerung in Mißkredit gebracht hat.« Joachim Bischoff/Richard Detje, Massengesellschaft und Individualität, a.a.O., S. 118.

<sup>92</sup> Reinhart Koselleck, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt (1959), Frankfurt/Main 1973.

<sup>93</sup> Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, a.a.O., S. 254 ff.

<sup>94</sup> Nach Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, hätte ein »neuer Gesellschaftsvertrag« (S. 245 ff.) – nach dem Scheitern des Kommunismus sowjetischer Prägung, nach dem Auslaufen des sozialdemokratischen Modells, aber auch nach dem Scheitern des »Thatcherismus« und der »Reaganomics« – nicht allein die liberale Verteidigung der »Bürgergesellschaft«, sondern auch eine Neuvermessung der »Grenzlinie von Politik und Ökonomie, von Anrechten und Angeboten« zum Gegenstand (S. 292).

**iz3w**

informationszentrum  
dritte welt · freiburg

NEUERSCHEINUNG



Die Dritte Welt und Wir

Beiträge von fünfzig Autorinnen und Autoren zu aktuellen Themen des Nord-Süd-Konflikts. Das Buch vermittelt für alle, die sich in Wissenschaft und entwicklungspolitischer Arbeit mit den Problemen der Dritten Welt befassen, einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion.

Juni 1993  
512 Seiten · DM 28,-  
ISBN: 3-922263-11-9

iz3w  
postfach 53 28 · 79020 freiburg  
Für den Buchhandel: Prolit, Gießen